

## Die Parteien der Weimarer Republik

### Die *Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP)*

... als Repräsentantin des konservativ-monarchistischen Lagers bekämpfte sie das demokratische System und die mit dem *Versailler Vertrag* etablierte internationale Ordnung. Die *DNVP* vertrat die wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen der ostelbischen Großagrarien und der Großindustrie. Nach anfänglicher begrenzter Kooperation mit den Parteien der bürgerlichen Mitte radikalisierte sie sich unter dem Einfluss ihres Vorsitzenden Hugenberg<sup>1</sup>, der ihre republikfeindliche und antisemitische<sup>2</sup> Ausrichtung forcierte und durch Zusammenarbeit mit der *NSDAP (Harzburger Front*<sup>3</sup>) Hitler in rechtsbürgerlichen Kreisen erst hoffähig machte. Die Koalitionsregierung der *DNVP* mit der *NSDAP* unter Hitlers Kanzlerschaft im Januar 1933 markiert das Ende des demokratischen Parteienstaats und den Beginn der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

### Die *Deutsche Demokratische Partei (DDP)*

... aus der *Fortschrittlichen Volkspartei (FVP)* und dem linken Flügel der *Nationalliberalen* hervorgegangen, stand auf dem Boden der demokratischen Ordnung und nahm großen Einfluss auf die Gestaltung der Weimarer Verfassung. Die in Bildungsbürgertum und bürgerlichem Mittelstand verankerte Partei forderte die strikte Trennung von Staat und Kirche, eine Begrenzung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft sowie die Abschaffung wirtschaftlicher Monopole und strebte einen Ausgleich zwischen Kapitalinteressen und den Belangen der Industriearbeiterschaft an. Die *DDP* befürwortete die Idee des *Völkerbunds* und trat für die Einbindung Deutschlands in ein europäisches Staatensystem ein. In der Nationalversammlung 1919/20 bildete sie zusammen mit der *SPD* und dem *Zentrum* die Regierung der *Weimarer Koalition*; bis 1932 war sie an fast allen Reichsregierungen beteiligt. Die Bereitschaft zu unpopulären Kompromisslösungen (Währungsreform) zahlte sich für die *DDP* allerdings nicht aus. Nach dem Gewinn von fast einem Fünftel der Wählerstimmen (17,3%) 1919 verlor sie rapide an Zustimmung und rangierte - trotz der Vereinigung mit dem *Jungdeutschen Orden*<sup>4</sup> zur *Deutschen Staatspartei* - seit den 30er-Jahren mit einem Anteil von ca. 1% der Stimmen nur noch auf dem Niveau einer unbedeutenden Splitterpartei.

### Die *Deutsche Volkspartei (DVP)*

... aus dem rechten Flügel der *Nationalliberalen* und Teilen der *FVP* gebildet, stand dem neuen Staat indifferent bis ablehnend gegenüber. Als Partei der Schwerindustrie vertrat sie vornehmlich die Interessen des Großbürgertums, aber auch des gewerblichen Mittelstands. Politisch noch stark der Gedankenwelt des Obrigkeitsstaats verhaftet, befürwortete die *DVP* den Aufbau einer starken Zentralgewalt. Außenpolitisch strebte sie eine Revision des *Versailler Vertrags* und die Wiederherstellung

---

<sup>1</sup> **Alfred Hugenberg** (1865-1951), deutscher Montan-, Rüstungs- und Medienunternehmer, Politiker (*DNVP*) und während der ersten Monate nach Hitlers Machtergreifung Minister für Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung in dessen erstem Kabinett. Er gilt als bedeutendster bürgerlicher Wegbereiter des Nationalsozialismus. Mit seinem Hugenberg-Konzern, einem Medienkonzern, der die Hälfte der deutschen Presse kontrollierte, trug er mit nationalistischer und antisemitischer Propaganda maßgeblich zum Aufstieg der rechten bzw. rechtsextremistischen Parteien in der Weimarer Republik bei.

<sup>2</sup> Unter dem **Antisemitismus** (wörtl. Gegnerschaft gegenüber den *Semiten* [eigentl.: die Angehörigen der semitischsprachigen, von rechts nach links schreibenden Völker): Araber, Aramäer und Israeliten], wobei lediglich die Juden gemeint sind, versteht man eine aus dem Nationalismus, Sozialdarwinismus, diversen Verschwörungstheorien und einem übersteigerten Rassismus heraus begründete *Judenfeindlichkeit*, die seit etwa 1800 in Europa auftritt. Für den Nationalsozialismus war der **Rassen-Antisemitismus** zentral und führte im deutsch-besetzten Europa bis 1945 zum Holocaust.

<sup>3</sup> Die **Harzburger Front** war ein Bündnis antidemokratischer Nationalisten und Rechtsextremisten gegen das zweite Kabinett Brüning. Das Bündnis zwischen *NSDAP*, *DNVP*, *Stahlhelm*, *Bund der Frontsoldaten*, *Reichslandbund* und dem *Alldeutschen Verband* trat allerdings nur bei einer Tagung in Erscheinung, die am 11. Oktober 1931 in Bad Harzburg stattfand. Der Tagungsort war gewählt worden, weil die *NSDAP* bereits an der Regierung des Landes Braunschweig beteiligt war und Störungen durch Kommunisten, die vor allem in den Großstädten stark waren, nicht zu befürchten waren. Nachdem erste Spannungen bereits in Harzburg selbst spürbar geworden waren, bekämpften sich die beteiligten Gruppierungen kurze Zeit später wieder und traten bei der Reichspräsidentenwahl im März 1932 mit verschiedenen Kandidaten an.

<sup>4</sup> Der **Jungdeutsche Orden** war zeitweise der größte nationalliberale Verband in der Zeit der Weimarer Republik, der sich durch sein staatspolitisches Ziel, seine Organisation sowie durch sein Brauchtum, das sich an den historischen *Deutschen Orden* anlehnte, von anderen politischen Organisationen unterschied. Der Orden trat für die neue parlamentarische Ordnung ein; seine Mitglieder pflegten jedoch ein eher elitäres Bewusstsein; der Bund war klar anti-diktatorisch und anti-kommunistisch ausgerichtet, wies andererseits aber auch gewisse antisemitische Tendenzen auf; jedoch galt er als verfassungskonform.

einer deutschen Großmachtposition an. Unter dem Vorsitz Gustav Stresemanns<sup>5</sup> arrangierte sich die Partei vorübergehend mit dem demokratischen System und schwenkte auf einen Kurs der Verständigung mit den alliierten Siegermächten ein. Das Erstarren antiparlamentarischer Kräfte innerhalb der *DVP* nach Stresemanns Tod (Oktober 1929) und die Annäherung an die rechts-nationale Opposition konnten den seit 1920 anhaltenden Rückgang der Wählerstimmen von 10% bei den Reichstagswahlen 1920 auf circa 1% in den dreißiger Jahren nicht verhindern.

### Die **Zentrumspartei (Z)**

... verstand sich als politische Interessenvertreterin der katholischen Bevölkerung. Unter Führung von Matthias Erzberger<sup>6</sup> bekannte sich das *Zentrum* zum republikanischen Verfassungsstaat und arbeitete gemeinsam mit *SPD* und *DDP* in der *Weimarer Koalition* am Aufbau der parlamentarischen Demokratie. Neben dem Eintreten für die Rechte der katholischen Kirche und den Erhalt der Länder kennzeichnete das *Zentrum* eine breite programmatische Vielfalt. Befürwortete der linke Flügel (Ruhrgebiet, Ost-Oberschlesien) den Ausbau des Sozialstaats und die außenpolitische Verständigung, so sprach sich der rechte Flügel für eine patriarchalisch-ständestaatlich<sup>7</sup> orientierte Innen- und eine revisionistische, nationalbetonte Außenpolitik aus. Das *Zentrum* erhielt stets rund 15% der Wählerstimmen, stellte insgesamt fünf Reichskanzler und war bis 1932 an allen Reichsregierungen beteiligt. 1930 leitete die Ernennung des Zentrumspolitikers Brüning<sup>8</sup> zum Reichskanzler einer Minderheitsregierung, die sich nur auf das Vertrauen des Reichspräsidenten stützen konnte, den Wechsel von der parlamentarischen Regierungsweise zur Phase der scheinparlamentarischen *Präsidialkabinette* ein.

### Die **Bayerische Volkspartei (BVP)**

... hatte sich im Konflikt über die Haltung zum parlamentarischen System vom *Zentrum* abgespalten und als konservativ-klerikale Regionalpartei mit reichsweitem Betätigungsfeld etabliert. Die partikularistisch ausgerichtete Partei war die dominierende politische Kraft in Bayern. Auf Reichsebene strebte sie rechtsbürgerliche Koalitionen unter Ausschluss der *SPD* an. Seit 1930 sprach sich die *BVP* für eine Regierungsbeteiligung der *NSDAP* aus, um Hitler in die politische Verantwortung zu nehmen.

### Die **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)**

... setzte sich, ungeachtet aller internen Konflikte in der Revolutionsphase, für die Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung und den Übergang zu einem parlamentarischen Regierungssystem ein. Sie drängte im November 1918 auf baldige Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung und trat mit 39,9% als stärkste politische Kraft in die Regierung der *Weimarer Koalition* unter Ministerpräsident Scheidemann<sup>9</sup> ein. Die *SPD*, bis 1932 stärkste politische Kraft, stützte und verteidigte stets die Republik, obwohl sie sich im Reich zumeist in der Opposition befand. Vom bürgerlichen Lager wurde sie überwiegend skeptisch betrachtet und sah sich wegen ihres vermittelnden Kurses zahlreichen Anfeindungen von Rechts und Links ausgesetzt. Der fortwährende Spagat zwischen pragma-

<sup>5</sup> **Gustav Ernst Stresemann** (1878-1929), seit 1917 Fraktionsvorsitzender der Nationalliberalen Partei im Reichstag, Mitbegründer der *DVP*, beendete als Reichskanzler 1923 den Ruhrstreik und trat seither und bis zu seinem Tod als Reichsminister des Auswärtigen für eine Verständigung mit den Westmächten und insbesondere Frankreich ein. 1926 erhielt er zusammen mit seinem französischen Amtskollegen Aristide Briand den Friedensnobelpreis.

<sup>6</sup> **Matthias Erzberger** (1875-1921 [ermordet]), seit 1903 MdR. Als Bevollmächtigter der Reichsregierung und Leiter der Waffenstillstandskommission unterzeichnete Erzberger 1918 das Waffenstillstandsabkommen von Compiègne, das die Kampfhandlungen des Ersten Weltkriegs formell beendete. Anschließend setzte er als Reichsminister der Finanzen von 1919 bis 1920 die nach ihm benannte Erzbergersche Reform durch, die als umfangreichstes Reformwerk der deutschen Steuer- und Finanzgeschichte gilt. Er wurde im Jahr 1921 von rechtsterroristischen Attentätern ermordet.

<sup>7</sup> Das Konzept des »**Ständestaates**« verfolgte ein maßgeblich von der katholischen Kirche getragenes, überholtes ständisch-feudales, hierarchisch-elitäres Gesellschaftsmodell, das auf der Kirche, dem Heer, der Bürokratie und den anerkannten sozialen und berufsständischen Gruppen beruhen und den Parteien-Pluralismus überwinden sollte.

<sup>8</sup> **Heinrich Brüning** (1885-1970), Mitarbeiter des preußischen Wohlfahrtsministers Adam Stegerwald; seit 1924 MdR, finanzpolitischer Sprecher der Zentrumsfraktion, vom März 1930 bis zum Mai 1932 Reichskanzler, 1933 Flucht nach Rom, Emigration (USA).

<sup>9</sup> **Philipp Scheidemann** (1865-1939), gelernter Buchdrucker, Redakteur verschiedener sozialdemokratischer Zeitungen, seit 1903 MdR, seit 1911 hauptamtlicher Sekretär des SPD-Parteivorstandes, rief am 9. Nov. 1918 die Republik aus; erster Ministerpräsident der Weimarer Republik, trat im Juni 1919 zurück, weil er die Annahme des Versailler Vertrages ablehnte. 1933 Flucht nach Dänemark.

tischer Kompromissbereitschaft und staatspolitischer Verantwortung einerseits sowie ihrer sozialistischen Programmatik andererseits führte immer wieder zu heftigen internen Konflikten und einem Wählerrückgang von rund knapp 40% im Jahr 1919 auf unter 20% bei der Wahl 1933. Dabei spielte auch eine Rolle, dass es der SPD nicht gelang, ihre Anhängerschaft über das sozialdemokratische Milieu hinaus auszudehnen.

### Die **Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)**

... hatte sich 1917 unter dem Vorsitz von Hugo Haase<sup>10</sup> aus dem pazifistischen Flügel der SPD nach heftigem Streit über die Haltung zum Krieg herausgebildet. Die von ihr organisierten Massenstreiks gegen schlechte Lebensmittelversorgung und die Fortführung des Kriegs verschafften der Partei vor allem in den Teilen der sozialistischen Arbeiterschaft Rückhalt, die der MSPD (*Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands*) wegen ihrer Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien »Verrat am Sozialismus« vorwarfen. Zwar einigten sich beide Parteien im November 1918 auf eine Zusammenarbeit im *Rat der Volksbeauftragten*<sup>11</sup>, aber wegen des gewaltsamen Vorgehens der MSPD gegen linksrevolutionäre Aufstände verließ die USPD Ende 1918 die provisorische Übergangsregierung. Nach Abspaltung des *Spartakusbunds*<sup>12</sup> und der Niederlage bei den Nationalversammlungswahlen (Januar 1919) wurde die marxistisch orientierte Partei 1920 mit 17,9% zweitstärkste Fraktion in der Verfassungsgebenden Versammlung. Nach diesem Erfolg verstrickte sich die USPD aber zunehmend in interne Kämpfe. Ende 1920 trat ihr linker Flügel der KPD bei, die verbliebenen Teile vereinigten sich 1922 wieder mit der (M)SPD.

### Die **Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)**

... wurde am 30. Dezember 1918 aus dem von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht geführten *Spartakusbund* gegründet. Die in der Bevölkerung anfangs nur schwach verankerte Partei strebte die Errichtung einer bolschewistischen Räterediktatur nach sowjetischem Vorbild an. Sie lehnte das parlamentarische System ab und trat zu den Nationalversammlungswahlen nicht an. Stattdessen versuchte sie, durch Massenstreiks und Protestaktionen Anhänger zu gewinnen und die Demokratie zu bekämpfen.

Durch interne Flügelkämpfe und Abspaltungen geschwächt, erzielte die KPD bei den Reichstagswahlen 1920 lediglich 2,1% der Stimmen. Erst mit dem Übertritt von rund 300.000 Mitgliedern des linken Flügels der USPD Ende 1920 avancierte die KPD zu einer (von Moskau gelenkten) Massenpartei, die rund ein Zehntel der Wähler an sich zu binden vermochte. Die mit der Weltwirtschaftskrise einsetzende Radikalisierung ließ die Partei bei den Reichstagswahlen seit 1930 zur drittstärksten politischen Kraft aufsteigen. Im Reichstag bildete sie zusammen mit der NSDAP eine antiparlamentarische Sperrmajorität. Die von der KPD entfesselten Hetzkampagnen gegen Demokratie und das »herrschende Finanzkapital« haben wesentlich zum Untergang der Demokratie beigetragen.

---

<sup>10</sup> **Hugo Haase** (1863-1919 [ermordet]), war von 1911 bis 1916 einer der beiden Vorsitzenden der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (SPD) sowie von 1917 bis 1919 Gründungsmitglied und Vorsitzender der von ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten gegründeten *Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (USPD). Nach der Novemberrevolution 1918 gehörte er für zwei Monate (10. November bis 29. Dezember 1918) dem *Rat der Volksbeauftragten* an. Darin war er laut Koalitionsvertrag mit Friedrich Ebert gleichberechtigter Vorsitzender. Er trat zurück, weil die Regierung gewaltsam gegen die *Volksmarinedivision* vorgegangen war. Im Oktober 1919 fiel Haase einem Attentat zum Opfer.

<sup>11</sup> Der *Rat der Volksbeauftragten* war die vom 10. November 1918 bis zum 13. Februar 1919 amtierende provisorische Regierung Deutschlands, die den Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik gestaltete. Er wurde im Zuge der Novemberrevolution aus drei Mitgliedern der *Mehrheitssozialdemokraten* (MSPD) und drei Mitgliedern der *Unabhängigen Sozialdemokraten* (USPD) gebildet.

<sup>12</sup> Der *Spartakusbund* war eine Vereinigung von marxistischen Sozialisten in Deutschland, die während des Ersten Weltkriegs am Ziel einer internationalen Revolution des Proletariats festhielten, um Kapitalismus, Imperialismus und Militarismus weltweit zu stürzen. Diese Ziele verfolgte ab August 1914 die »*Gruppe Internationale*« als oppositionelle Gruppe innerhalb der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (SPD). Sie nannte sich ab 1916 »Spartakusgruppe« und schloss sich 1917 der von der SPD abgespaltenen *Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* (USPD) als linker Flügel an. In der Novemberrevolution 1918 gründete sich der Bund neu als deutschlandweite, parteiunabhängige Organisation mit dem Namen »*Spartakusbund*« und dem Ziel einer gesamtdeutschen Räterepublik. Am 1. Januar 1919 ging er in der neu gegründeten *Kommunistischen Partei Deutschlands* (KPD) auf.

## Die **Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)**

1919 gegründet und zunächst im sozial deklassierten Kleinbürgertum Münchens verankert, suchte insbesondere nach Übertragung des mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteten Parteivorsitzes an Adolf Hitler (1921) mit nationalchauvinistischen und antisemitischen Protest- und Gewaltaktionen gegen den *Versailler Vertrag* und die Weimarer »Verzichtspolitiker« (»Dolchstoßlegende«<sup>13</sup>) die in völkischen Kreisen verbreitete systemfeindliche Stimmung zu forcieren und das demokratische System zu unterminieren. Nach dem gescheiterten Putschversuch vom 9. November 1923 (»Marsch auf die Feldherrnhalle«), nach Inhaftierung und Verurteilung Hitlers und zeitweisem Parteiverbot schwenkte die bis 1930 in Wahlen wenig erfolgreiche rechtsextremistische Partei (2,6-6,5%) auf einen pseudo-legalen Kurs ein. Die Verunsicherung und soziale Verelendung breiter Bevölkerungskreise bot der antisemitischen und antikapitalistischen Agitation der *Nationalsozialisten* breiten Raum. Im September 1930 errang die *NSDAP* mit 18,3% einen erdrutschartigen Wahlsieg. Als zweitstärkste Reichstagsfraktion mit 102 Sitzen konnte die Partei nicht nur ihren zersetzenden Einfluss auf die parlamentarische Arbeit steigern, sondern auch ihr Ansehen in rechtsbürgerlichen Kreisen deutlich vergrößern. Von immer mehr ehemaligen Wählern der konservativen und liberalen Parteien, aber auch von vielen jungen und Nicht-Wählern wurde die *NSDAP* als unverbrauchte Kraft wahrgenommen, die mit ihrer völkisch-rassistischen Gemeinschaftsideologie und ihrem aggressiven außenpolitischen Programm eine Lösung der wirtschaftlichen und politischen Probleme versprach. Im Herbst 1931 schlossen sich *NSDAP*, *DNVP* und nationalistische Kampfverbände zur »*Harzburger Front*« (siehe Anm. 3) zusammen, um den gemeinsamen Kampf gegen die parlamentarische Demokratie zu intensivieren. Die von *NSDAP* und *KPD* im Zusammenspiel betriebene Destabilisierungspolitik führte zu einer raschen Abfolge nur vom Reichspräsidenten gestützter Regierungen ohne parlamentarische Mehrheit und zu wiederholten Neuwahlen. Schließlich erwies sich die nationalsozialistische Machtposition als so gestärkt, dass Reichspräsident Paul von Hindenburg<sup>14</sup> - auch unter dem Druck einflussreicher rechtskonservativer Kreise - Hitler trotz Verlusten der *NSDAP* bei den letzten demokratischen Reichstagswahlen zum Reichskanzler einer Koalitionsregierung aus *NSDAP* und *DNVP* ernannte und damit der schwer erschütterten parlamentarischen Demokratie den Todesstoß versetzte.

4

Aus: Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages, Fachbereich XI (WD 1) / Redaktionsdatum: März 2006



<sup>13</sup> Die **Dolchstoßlegende** (auch **Dolchstoßlüge**) war eine von der deutschen **Obersten Heeresleitung** (OHL) in die Welt gesetzte Verschwörungstheorie, die die Schuld an der von ihr verantworteten militärischen Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg vor allem auf die Sozialdemokratie, andere demokratische Politiker und das bolschewistische Judentum abwälzen sollte. Sie besagte, das deutsche Heer sei im Weltkrieg »im Felde unbesiegt« geblieben und habe erst durch oppositionelle »vaterlandslose« Zivilisten aus der Heimat einen »Dolchstoß von hinten« erhalten. Diese Legende diente deutsch-nationalen, völkischen und anderen rechtsextremen Gruppen und Parteien zur Propaganda gegen die Ziele der Novemberrevolution, die Auflagen des als »Schanddiktat« bezeichneten Versailler Vertrags, die Linksparteien, die ersten Regierungskoalitionen der Weimarer Republik und die Weimarer Verfassung. Sie gilt in der Zeitgeschichte als bewusst konstruierte Geschichtsfälschung und Rechtfertigungsideologie der militärischen und nationalkonservativen Eliten des Kaiserreichs.

<sup>14</sup> **Paul von Beneckendorff und von Hindenburg** (1847-1934), im Ersten Weltkrieg übte die von ihm geführte Oberste Heeresleitung von 1916 bis 1918 quasi diktatorisch die Regierungsgewalt aus. Hindenburg wurde 1925 zum zweiten Reichspräsidenten der Weimarer Republik gewählt. 1932 wurde er wiedergewählt. Am 30. Januar 1933 ernannte er Adolf Hitler zum Reichskanzler.